

**Erneuerung der Skateranlage Ettlingen-West**  
**- Vorstellung der Planung**  
**- Entscheidung über das weitere Vorgehen**

---

**Beschluss:**

- 1. Die vorgestellte Gesamtplanung zur Erneuerung der Skateranlage wird zur Kenntnis genommen.  
(einstimmig)**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Planung eine Stellungnahme des Jugendgemeinderats einzuholen und das Resultat dem Ausschuss für Umwelt und Technik zur endgültigen Entscheidung vorzulegen.  
(23:7 Stimmen; bei 5 Enthaltungen)**

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Die Skateranlage hat durch den im Frühjahr 2003 erfolgten Abbau der nicht mehr verkehrssicheren Miniramp-Kombination in hohem Maße an Attraktivität verloren. Die noch vorhandenen Fahrelemente sprechen nur noch ein kleines Spektrum von Rollsportlern an, weshalb die Frequentierung erheblich zurückgegangen ist. Der Ersatz der ausgemusterten Rampkombination durch ein gleichartiges Gerät wurde nach intensiven Projektstudien nicht mehr favorisiert. Nutzungsansprüche der Rollsportler und bauliche Möglichkeiten haben sich in der Vergangenheit weiter entwickelt. In Zusammenarbeit mit engagierten Fahrern werden zwischenzeitlich Anlagen entwickelt, die eine sehr viel größere Vielfalt an Fahrvarianten ermöglichen, als klassische Anlagen mit einzelnen auf einer Fläche aufgestellten Fahrelementen. Um den gewachsenen Nutzungsansprüchen gerecht zu werden, wird eine vollständige Erneuerung der Ettlinger Anlage vorgeschlagen. Da der vorhandene Standort auch für die Neukonzeption sehr geeignet ist, wurde auf weitergehende Standortuntersuchungen verzichtet.

**Konzeption:**

Die neue Anlage soll durch fein abgestufte Schwierigkeitsgrade Anfängern den Einstieg erleichtern, aber auch Könnern noch Herausforderungen bieten. Durch geschickte Ausformungen zusammenhängender unterschiedlich geneigter und gekrümmter Fahrflächen soll die gleichzeitige Nutzung durch mehrere Sportler verbessert und das Fahren im Fluss ermöglicht werden. Darunter ist folgendes zu verstehen: Der Fahrer pendelt dabei nicht mehr nur linear zwischen Start und Ziel hin und her, sondern kann durch weniger starke Richtungswechsel auch Bögen und Schleifen in vielen Varianten fahren. Sowohl Skateboarder, Inliner als auch BMX-Radfahrer profitieren davon. Aufgrund des großen Potentials an Fahrvarianten, die entdeckt und genutzt werden können, bleibt der Reiz, etwas neues auszuprobieren, länger erhalten, was der Attraktivität zugute kommt. Die Aufenthaltsqualität auf der Anlage soll aber auch durch Verbesserungen in den Randbereichen angehoben werden. Die konzipierte Anlage eröffnet der Nutzung durch Schulen z. B. der in unmittelbarer Nähe gelegenen Ganztageshauptschule und Vereinen neue Möglichkeiten ebenso aber auch der Veranstaltung von Wettbewerben.

Die Verwaltung hält eine Befassung des Jugendgemeinderates mit dem Projekt für erforderlich, bevor abschließend entschieden wird.

#### Realisierung:

Die Maßnahme soll in zwei Bauabschnitten verwirklicht werden. Die im 1. Bauabschnitt vorgesehene Bowlanlage bietet einen Übergang zur bestehenden Streetfläche, so dass zwischen den beiden Bauabschnitten eine Nutzung der Anlage vorgesehen und möglich ist. Ein Bowl ist ein wannenartig ausgeformtes Becken mit unterschiedlich tief liegenden Sohlen. In ein Bowl kann von allen Seiten hinein gefahren werden. Es bietet eine große Palette von Fahrvarianten. In einem zweiten Bauabschnitt soll die restliche Anlage mit weiteren Fahrelementen zu einem Streetpark ausgebaut werden. Im Randbereich sind für Rollsportler und Zuschauer mehrere Sitzgelegenheiten vorgesehen. Zwei kleine schirmartige Unterstände bieten den Nutzern Regenschutz. Zwischen Spielwiese und Skateranlage ist eine Geländermotivierung vorgesehen, die der besseren Abgrenzung und dem Lärmschutz dient. Graffiti-Wände gehören zur weiteren Ausstattung.

#### Finanzierung:

Die Kosten der Gesamtmaßnahme belaufen sich auf 240 000,- Euro, so dass die Zuständigkeit des Ausschusses für Umwelt und Technik gegeben ist. Mittel für die Realisierung des ersten Bauabschnitts stehen i. H. v. 110 000,- Euro mit 75 000,- Euro bei der Hhst. 2.5800.950100 010 und 35 000,- Euro als noch zu bildender Haushaltsrest bei Hhst. 2.5800.935100 010 zur Verfügung.

Der erste Bauabschnitt soll im zweiten Halbjahr 2005 realisiert werden.

**Für alle Mitglieder des Gemeinderats sind die Konzeption und eine Kostenschätzung beigefügt.**

- - -

Angestellter Rindfuß erläutert die Gründe für die Kompletterneuerung.

Landschaftsarchitekt Ramthun stellt die Konzeption vor.

Stadtrat Dr. Koch führt aus, dass die CDU die Notwendigkeit sehe, die Skateranlage aufzuwerten. Man begrüße die Einbeziehung von Jugend bzw. Jugendgemeinderat. Allerdings erscheine die Entwicklung mit Kosten von 240.000,- € recht hoch bzw. luxuriös. Grundsätzlich stimme die CDU-Fraktion zu, möchte aber an den Jugendgemeinderat appellieren, die Zeichen der Zeit zu erkennen und Einsparpotenziale aufzuzeigen, um von den Kosten herunterzukommen.

Stadträtin Baron begrüßt für die FE-Fraktion den Wiederaufbau, die Kosten scheinen aber zu hoch. Sie sehe Einsparpotenziale bei den Ingenieurkosten. Die Skateranlagenbauer würden die Kosten für die Statik und die Planung erbringen, wenn sie den Auftrag erhalten hätten. Auch die Verwaltung könne zur Planung beitragen. Man solle die Kosten auf 150.000,- € reduzieren und dem AUT eine entsprechende Vorlage unterbreiten.

Stadtrat Dr. Asché hält das Verfahren für in Ordnung. Die Skaterbahn solle ja ein Hit werden, was zu einer hohen Frequentierung aus dem Umland führe. Es gebe dann sicher Probleme für die Anwohner, nämlich Lärm, weshalb man eventuell eine Lärmschutzwand installieren solle. Zudem würden die Skater gerne Rails und Curves nutzen, weshalb man zwei zusätzliche einrichten solle.

Stadtrat Siess führt aus, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Vorlage mit Verwunderung zur Kenntnis nehmen. Die Stadt wolle ja freiwillige Leistungen reduzieren. Grundsätzlich sei es richtig, Angebote für Jugendliche zu machen, die nicht in Vereinen sind, aber man solle die Kosten bedenken. Auch das Thema der gewachsenen Ansprüche müsse auf den Prüfstand. Er schlage daher vor, die Kosten um die Hälfte zu reduzieren.

Stadträtin Lump gefällt insbesondere das Verfahren. Die von den Vorrednern angesprochenen Punkte seien in der Tat kritisch. Es fehle insbesondere eine Information über die Folgekosten und über die Dauer der Haltbarkeit. Vorerst stimme sie aber zu.

Stadtrat Künzel hält die Vorgehensweise für richtig, wünsche sich aber das Aufzeigen einer Low-Budget-Alternative für die nächste Beratung im Bereich von 120.000,- bis 150.000,- €. Man müsse auch hinterfragen, ob man alles zubetonieren müsse.

Oberbürgermeisterin Büssemaker hält die Kosten auch für hoch, merkt allerdings an, dass der erste Bauabschnitt einmal realisiert werden könnte. Mit dem zweiten könne man abwarten und sehen, wie der erste angenommen werde. Beton sei nun einmal das beste Material. Der Standort sei von den Anwohnern akzeptiert. Eine Lärmschutzwand würde die Sache erheblich verteuern. Die neue Anlage sei angeblich nicht lauter als die bisherige. Man werde bei der Vergabe des Auftrages mit der ausführenden Firma auch über die Minimierung der Kosten reden. Sie werde in der Beratung im AUT dann Informationen über Folgekosten und preiswerte Alternativen unterbreiten. Heute gehe es ja nur um den Verweis an den Jugendgemeinderat.

Stadträtin Saebel erinnert daran, dass sie in den Haushaltsplanberatungen den Antrag gestellt habe, 20.000,- € für Spielgeräte für größere Kinder im Horbachpark einzustellen. Hier gehe es nun um eine Skateranlage für 240.000,- €, weshalb sie sich frage, warum die Verwaltung damit nicht gleich in die Haushaltsplanberatungen gekommen sei. Die Grünen seien nicht grundsätzlich gegen eine Realisierung, aber dies müsse zu einem vertretbaren Preis erfolgen.

Stadtrat Lorch bedauert, dass die Angelegenheit bisher nur unter haushaltspolitischen Gesichtspunkten diskutiert worden sei. Man müsse nämlich auch eine sozialpsychologische Prophylaxe in Sachen Jugend und Gewalt betreiben. Die Kosten könne man eventuell auf zwei bis drei Jahre verteilen. Die Anlage wäre lokal und regional ein Zeichen gegen Gewalt.

Stadtrat Deckers begrüßt die Anlage grundsätzlich. Man müsse aber die Relation, Kosten/Zweck sehen. Die endgültige Entscheidung solle im Übrigen der Gemeinderat, nicht der AUT treffen. Der Gemeinderat könne dies ja jederzeit an sich ziehen.

Stadtrat Künzel hält die Summe nicht für Peanuts. Es gehe um das Bedienen einer spezifischen Zielgruppe bzw. eines Trendsports. Ihm fehlten insbesondere Alternativen.

Nach Stadtrat Dr. Koch müsse das Hinterfragen des Betrages erlaubt sein. Man solle allerdings erst einmal den Jugendgemeinderat hören.

Stadträtin Lump stimmt dem nicht zu. Für den Jugendgemeinderat sei es schon wichtig zu wissen, ob der Gemeinderat überhaupt bereit sei, das Geld auszugeben. Man habe z. B. für das Marketing auch 240.000,- € im Haushalt vorgesehen, und dabei handle es sich um reinen Konsum, nicht um eine Investition. Letztlich müsse man auch den Spaßfaktor bedenken.

Stadtrat Palermo möchte wissen, ob es eine Statistik dahingehend gebe, wie viele Jugendliche in einer solchen Anlage spielen würden und in welchem Alter.

Herr Ramthun teilt mit, dass das, was jetzt gebaut werden solle, auch 20 Jahre halten solle. Die Anlage sei eingebettet, im tiefen Bereich sei die Lärmentwicklung also geringer als bisher. Die Anlage sei im gesamten Jahr nutzbar. Er sei auch bereit, über sein Honorar zu reden. Solche Anlagen würden von ganzen Familien genutzt, Zahlen habe er allerdings nicht dabei.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker sagt zu, diese nachzuliefern.

Stadtrat Foss hält die Diskussion für unökonomisch, zumal die Haushaltsansätze doch schon längst beschlossen seien.

Ohne weitere Aussprache werden die oben genannten Beschlüsse gefasst.

Gabriela Büsse-maker  
Oberbürgermeisterin

- - -

Ka/La

14.März 2005

1. Stadtbauamt (Schreiben vom 21.02.2005, Az. 463.100.2120 - Ri/Ka) zur Kenntnis und mit der Bitte um weitere Veranlassung in Zusammenarbeit mit dem Amt für Jugend, Familie und Soziales und dem Planungsamt sowie dem Amt für öffentliche Ordnung.
2. Amt für Jugend, Familie und Soziales und Amt für öffentliche Ordnung zur Kenntnis und mit der Bitte um Mitarbeit.
3. Finanzverwaltung und Rechnungsprüfungsamt zur Kenntnis.
4. Wv. - AUT/Ka

Im Auftrag:

Kassel